Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38, 9-5, Sonntags bis 12 Uhr. Im Neustadt: gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Signum ober nach Beilagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die rechtzeitige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Bestellungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittlungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Photographie-Atelier „Phönix", Pillnitzerstr. 46
(gegenüber der Johanneskirche).
Aufnahmen bei jeder Witterung in garantirt feinster Ausführung. 12 Visitbilder von 5 Mk. an. 6 Cabinetbilder von 10 Mk. an. Jedes grössere Format bis Lebensgrösse zu billigsten Preisen. Auch Sonntags geöffnet.

N. Salm
Special-Fabrik geprägter Siegel-Marken
Plauen b. Dr.
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Gravir-Arbeiten jeder Art.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Den besten
Thee
liefern
R. Seelig & Hille,
Dresden, Pragerstrasse 35/36.
In Originalpacketen zu haben in den meisten Drogen-, Delikatess- und Colonialwaaren-Geschäften.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

I. und grösste Masken- und Theatergarderobe **Max Jacobi**, Galeriestrasse 2, part. und I. Et.
Telephon 389. Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Nr. 25. Spiegel: Lesung des Sozialistengesetzes. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Finanzministerposten, Stadtverordnetensitzung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Sonnabend, 25. Januar.**

Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für **Dresden** bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pf.**, für **auswärts** bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet zu 1 Mk. 81 Pf., in Oesterreich zu 1 Gulden 51 Kreuzer (ausschl. Aufgeld).

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 38.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

„Das Weitere werde ich später sagen. Ich hoffe, daß wir dann den Mann hier haben werden, mit dem wir allein verhandeln können, der die Sache in der Hand hat und ich hoffe, daß der Reichskanzler einsehen wird, daß die Sache nicht gemacht werden kann ohne sein Beisein. So sehr ich bereit bin, alle Rücksichten auf seine Gesundheit zu nehmen, so hat sein Amt doch Pflichten, die unter allen Umständen erfüllt werden müssen. Wir könnten ja noch zu einer Verständigung kommen, wenn man die Ausweisungsbefugnisse fallen ließe." Es sind dies die Worte des Abg. Windthorst, gesprochen am Mittwoch am Beginn der Berathung über das Sozialistengesetz. Der Mann, der die Sache in der Hand hat, ist natürlich der Reichskanzler. Man erwartete sein Eintreffen in Berlin bestimmt und zwar so, daß er noch in der 2. Lesung des Sozialistengesetzes das Wort ergreifen würde. Fürst Bismarck ist ausgeblieben. Das Sozialistengesetz ist mit ansehnlicher Mehrheit angenommen worden und zwar in einer Gestalt, die den Anschauungen des Kanzlers nicht entspricht, nämlich ohne Ausweisungsbefugniß. Es kommt in der beschlossenen Weise am Sonnabend zur dritten Lesung. Neuerliche Nachrichten stellen das endliche Erscheinen des Kanzlers dazu in sichere Aussicht. Fürst Bismarck wird bei diesem Anlaß die erwartete große Rede halten; er wird unzweifelhaft versuchen, den Reichstag dahin umzustimmen, daß die Ausweisungsbefugniß wieder ins Sozialistengesetz hineinkommt. Fürst Bismarck soll in sehr kampfeslustiger Stimmung sein. Man sieht also einer sehr erregten Sitzung entgegen, zumal auch die Sozialdemokraten ihre Hauptreden bis zur letzten Sitzung aufgespart haben.

Was nun die bisherigen Berathungen und Beschlüsse des Reichstages anlangt, so muß man drei Dinge auseinanderhalten. Zuvörderst: bedarf der Staat zur Abwehr gemeingefährlicher Bestrebungen der Sozialdemokratie besonderer Vollmachten? Sodann: wieweit sollen dieselben gehen? Und drittens: sollen diese Vollmachten auf die Dauer oder nur auf abgesteckte Geltungsfrist gewährt werden? In der Ueberzeugung, daß es leider ohne besondere Maßregeln nicht abgehen kann, begegneten sich die Regierung, die Konservativen, die Nationalliberalen und auch das Centrum. Im Namen des letzteren sprach dies Abgeordneter Windthorst ganz besonders aus. Die letzteren drei Parteien weichen darüber unter einander ab, ob man der Regierung auch noch die Vollmacht der Ausweisung geben soll? Die Konservativen wollen dies thun, jedoch nur für den Fall, daß die Regierung erklärt, sonst könne sie den sozialdemokratischen Ausschreitungen nicht wirksam begegnen. Mehr als drei Viertel des Reichstages aber haben die Ueberzeugung erlangt, daß diese Ausweisungen von Agitatoren mehr Schaden als Nutzen gestiftet haben. Die Ausgewiesenen schufen der Sozialdemokratie neue Agitationsherde, wo sie bisher nicht bestanden. Das haben die Vertreter des Bundesrathes im Ausschusse selbst zugegeben. Bei solcher Lage der Dinge ist es angezeigt, die Ausweisung fallen zu lassen, da sie nur verbittert und den Ausgewiesenen auch aus nichtsozialdemokratischen Kreisen Mitleid zugewendet hat. Der Reichstag hat, wie bemerkt, die Ausweisungsbefugniß mit großer Mehrheit gestrichen. Er hat ferner alle vom Ausschusse beschlossenen weiteren Milderungen des Sozialistengesetzes angenommen. Diese Abschwächungen bewegten sich ganz in derselben Richtung, wie der Regierungsentwurf selbst: nämlich die Handhabung des Gesetzes mit den Bürgschaften des allgemeinen Rechtes zu umgeben. Fühlbare Härten des jetzigen Gesetzes sind beseitigt worden, der Schutz gegen mißbräuchliche Handhabung würde wesentlich verstärkt, eine unbefangene Entscheidung der Beschwerdeinstanz würde erreicht.

Als alle Bestimmungen des Entwurfes nach dieser Richtung hin angenommen und die Ausweisungsbefugniß gestrichen worden war, kam es zur Entscheidung der Frage, ob das Gesetz für die Dauer zu erlassen sei? Diese Frage bejahte der Reichstag mit 163 gegen 111 Stimmen. Unter letzteren befand sich das Centrum. Dieses will auch ein besonderes Gesetz gegen sozialdemokratische Ausschreitungen, aber nur eines, das zeitlich begrenzt ist, also auf mehrere Jahre. Die Deutschfreisinnigen sind als Begünstiger der Sozialdemokratie gegen jedes besondere Gesetz. Ihre Anschauung wurde vom Abg. Kulemann als naiv bezeichnet. Derselbe hob hervor, daß die Sozialdemokratie nur darum gewachsen sei, weil sie ihre Wurzeln bis tief in das gesunde Erdreich des ruhigen Bürgerthums erstrecke; der Staat dürfe unmöglich ruhig zusehen und abwarten, bis die Sozialdemokratie zur Revolution vorschreitet. Der Deutschfreisinnige Abg. Munckel hat neulich in einer Wahlrede ausgeführt, daß seine Partei recht wohl ein gutes Stück Wegs mit der Sozialdemokratie zusammengehen könne, da die Gefahr jetzt noch nicht sehr groß sei. Im Reichstage aber erklärte er die Sozialdemokratie noch „nicht für bedrohlich genug!" Dieser harmlosen Auffassung trat der preußische Minister des Innern Herrfurth in einer hochbedeutsamen Rede entgegen. Man lese den Gedankengang derselben in der „Tagesgeschichte" nach. Er erklärte es für unmöglich, mit dem gemeinen Rechte gegen die Sozialdemokratie auszukommen. Er hob mit Schärfe die eigenartige Natur der Sozialdemokratie hervor, die sich ja nicht darauf beschränke, Aenderungen an der Staats- und Gesellschaftsordnung anzustreben, sondern die darauf ausgehe, dieselben umzustürzen, vor Allem aber das Privateigenthum abzuschaffen. In diesem Trachten unterscheidet sich die Sozialdemokratie ganz unleugbar von allen anderen Parteien und die Selbsterhaltung zwingt Staat und Gesellschaft dazu, hiergegen Vorkehrungen zu treffen. Das Gegentheil wäre Selbstmord. Freilich haben, wie Windthorst hervorhob, die sozialistischen Führer ihre frühere Haltung verändert; sie betonen jetzt mehr die sozialistischen als die revolutionären Punkte. Aber wer giebt die Bürgschaft, daß sie nicht wieder zu den ersteren zurückkehren? Niemand wird ableugnen, daß ein revolutionärer Kern in der Sozialdemokratie steckt, wenn sie denselben auch, um die bürgerlichen Klassen nicht zu erschrecken, zurücktreten läßt. Sache des Bürgerthums ist es freilich in erster Linie, aus eigener Kraft der sozialdemokratischen Bewegung entgegenzutreten. Nirgends kann es dies wirkungsvoller thun, als bei den bevorstehenden Wahlen. Das Bürgerthum widersetzt sich nicht den sozialen Reformen; die Verbesserung der Lebenslage der handarbeitenden Klassen findet im Bürgerthum Verständniß, guten Willen und thatsächliche Förderung. Denn mit dem Wohlergehen des Arbeiterstandes fördert das Bürgerthum auch das eigene Wohl. Es würde den besten Eindruck auf die Wahlbewegung machen, wenn die ernstliche Inangriffnahme der Arbeiterschutzgesetzgebung zugesagt würde. Dafür hat sich der Reichstag wiederholt schon ausgesprochen. Es wäre dies ein wirkungsvolles Losungswort für die Wahlbewegung.

Unter allen Umständen jedoch: Ihr reichstreuen Wähler, thut am 20. Februar Eure Schuldigkeit!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Januar.

Berlin. Reichstag. Der Gesetzentwurf über die Controle des Reichshaushalts pro 1889/90 wird in dritter Berathung angenommen und sodann die dritte Berathung des Reichshaushalts zu Ende geführt. Die durch Ergänzungs-Etat geforderten 187,000 Mk. zum Umbau des auswärtigen Amtes werden definitiv bewilligt. Von den zum Etat eingebrachten Resolutionen werden debattelos angenommen der Antrag Baumbach auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffs des weiteren Ausbaues der Gewerbeordnung in der Richtung der Beschränkung der Sonntagsarbeit, sowie der Frauen- und Kinderarbeit und der Antrag der Budgetkommission betreffs der Verbesserung der Besoldung der unteren und mittleren Beamten. — Es folgt die Berathung des Antrags Richter-Schrader auf Ermäßigung der Eisenbahntarife für ausländische Kohlen. Die Kommission hat mit 5 gegen 5 Stimmen Ablehnung des Antrags beantragt. Siegel (natlib.) erklärt sich unter Berufung auf das Gutachten mehrerer Handelskammern für den Antrag Richter. Fürst Hatzfeld-Trachenberg (Reichsp.): Nach dem Umfange, den die Ansprüche der Arbeiter angenommen und nachdem die Begehrlichkeit immer weiter geht, könne man sich für den Antrag nicht entschließen. Diese Anforderungen könne man nicht befriedigen, wenn man die heimischen Kohlen durch billige Tarife für ausländische Kohlen im Preise herunterdrücke. Graf v. Stolberg-Wernigerode (kons.): Die Frage würde, wenn ein Nothstand vorläge, vor das preußische Abgeordnetenhaus gehören. Da würde aber nicht blos die Frage der Ermäßigung der Kohlentarife, sondern auch eine Ermäßigung der Tarife für andere Massengüter, wie z. B. Getreide, zu erwägen sein. Schrader (freis.): Nachdem die Verstaatlichung der Eisenbahnen die Möglichkeit ergeben habe, durch Tarifermäßigung auf die Steigerung der Kohlenpreise einzuwirken, könne man vor einer solchen Maßregel umso weniger Bedenken tragen, als das gegenwärtige Verhältniß lediglich zur Folge gehabt, daß die deutsche Kohlenindustrie für das Inland theurer liefere als für das Ausland. Gelinge es, dieses Mißverhältniß zu beseitigen, dann werde auch eine Ermäßigung der Kohlenpreise möglich sein, ohne daß dadurch die Kohlenindustrie Schaden erleide. Die preußische Regierung möge die Verkehrswege für Schlesien und Westfalen verbessern und dem Wagenmangel abhelfen; auch die Tragfähigkeit der Wagen könnte erhöht werden. Bundeskommissar Geh. Rath Dr. Schultz bestreitet, daß die preußische Regierung das Monopol in dem Umfange besitze, wie es Schrader annehme. Graf Kanitz (kons.) bedauert die enorm hohen Kohlenpreise, fürchtet aber, daß durch den Antrag Schrader nichts gebessert werde. Hoffentlich seien die theueren Preise nur vorübergehende. Durch vorübergehende Erscheinungen dürfe man sich aber nicht zu tief einschneidenden Tarif- oder Zolländerungen verleiten lassen. Es sei bedauerlich, daß die Theuerung hauptsächlich durch einen ungesunden Zwischenhandel hervorgerufen sei, der sich auf die Kohlenproduktion geworfen habe. Szmola (Centr.) fürchtet, daß die oberschlesische Kohle durch Verbilligung der englischen schwere Nachtheile in ihrem Absatzgebiete erfahren würde. Die Verkehrsbahnen in Schlesien seien mangelhaft. Durch ihre Verbesserung werde man dem Kohlenmangel entgegenwirken. Stumm (Reichsp.): Der Wagenmangel sei zur Zeit der Privatbahnverwaltungen größer gewesen als heute. Die heutigen Mängel stammten noch aus jener Zeit. Dazu komme, daß der Verkehr ganz plötzlich einen bedeutenden Aufschwung genommen habe, auf den die Eisenbahnen nicht vorbereitet sein konnten. Die gegenwärtigen Preisverhältnisse seien nicht normal, deshalb habe sich auch der Landeseisenbahnrath geweigert, in diese Verhältnisse durch Tarifänderungen einzuschreiten. Sobald wir feste normale Verhältnisse haben, werde auch die Regelung der Tarife erfolgen können. Der Antrag Schrader-Richter könne nur schädlich wirken. Graf Mirbach (kons.): Die hohen Kohlenpreise kämen den großen Waldbesitzern, also den Gemeinden, Verbänden ꝛc., zu Gute. Die Kohlen- und Holztarife müßten sich gegenseitig ergänzen. Auch den kleinen Grundbesitzern, welche Torf produziren und daraus einen erheblichen Theil ihrer Baar-Einnahmen beziehen, kämen die hohen Kohlenpreise zu statten. Nach längerer Debatte wird der Antrag Richter-Schrader dem Commissions-Antrag gemäß abgelehnt. — Die Petitionen betreffs der deutschen Schutzgebiete in Südwestafrika und der Unterdrückung des Sklavenhandels werden als durch die Etatberathung und die dabei gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt. Die Petitionen um Berücksichtigung der kleinen landwirthschaftlichen Brennereien bei der Neucontingentirung werden theils dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, theils durch motivirte Tagesordnung erledigt. — Morgen Vormittag 10 Uhr dritte Berathung des Sozialistengesetzes.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm heute in 1. und 2. Lesung die Erneuerung des Zoll- und Handelsvereins der thüringischen Staaten an. Dienstag Etat.

Berlin. Fürst Bismarck ist mit seiner Gemahlin heute Mittag 1 Uhr 50 Min. aus Friedrichsruh hier eingetroffen. Der Reichskanzler wurde von seinem Sohne, Graf Herbert Bismarck, und Prof. Schweninger auf dem Bahnhofe empfangen. Er sah sehr wohl aus. Nachmittags fand ein Ministerrath statt und später unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrath, der sich, wie man annimmt, mit der Entscheidung über das Sozialistengesetz beschäftigte. — Der Kronprinz von Schweden ist heute Nachmittag aus der Riviera hier eingetroffen. Derselbe gedenkt bereits morgen Vormittag Berlin wieder zu verlassen. — Der Prinz von Wales, der zur Feier des Geburtstages Kaiser Wilhelms nach Berlin kommen wollte, hat diese Absicht auf Wunsch des Kaisers mit Rücksicht auf das Ableben der Kaiserin Augusta aufgegeben. — Der hiesige Hof legt für den verstorbenen Fürsten Georg von Schwarzburg-Rudolstadt eine viertägige und für den Prinzen von Hessen-Philippsthal-Barchfeld eine 3tägige Trauer an. — In der gestrigen Sitzung des Bundesraths gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende, Staatssekretär v. Bötticher, unter allseitiger Zustimmung dem Bedauern über das am 20. erfolgte Ableben des Königl. sächs. Staats- und Finanzministers, Frhrn. v. Könneritz, Ausdruck. Die vom Reichstag angenommenen Gesetzentwürfe betreffs des Befähigungsnachweises und der Abänderung der Militärstrafgerichtsordnung, sowie der Antrag Sachsens auf Verlängerung des Notenprivilegiums der Landständischen Bank der Oberlausitz wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. — Die Kaiserin hat heute mit Genehmigung des Kaisers das Protektorat über die Kaiserin-Augusta-Stiftung zu Charlottenburg übernommen.

Kassel. Die amtliche Abrechnung der Sport- und Jagdausstellung ergiebt ein erhebliches Defizit. Die Garantiezeichner müssen 60 Proz. des garantirten Betrages zahlen.

Paris. Zwischen dem Marquis de Gouy und dem Baron Eduard Rothschild, einem Sohne des Baron Alfons Rothschild, fand gestern ein Duell antisemitischen Ursprungs statt. Rothschild wurde an der Schulter verwundet. — Der Deputirte Martineau, der sein Mandat niedergelegt, hat Boulanger gefordert.

London. Der gestrige Sturm hat an der ganzen Süd- und Westküste schweren Schaden angerichtet. Zahlreiche Schiffbrüche wurden gemeldet, bis jetzt aber kein deutscher. Im atlantischen Ocean hat seit Menschengedenken ein solcher Orkan nicht gewüthet.

Berliner Börse. Infolge des flüssigen Geldstandes und in der Erwartung, daß die Arbeiterbewegung im Westen keine bedenkliche Ausdehnung annehmen werde, gingen aus der Provinz umfängliche Kauforders ein und auch die Platz-Spekulation ging mit Deckung vor. Banken waren höher, deutsche Bahnen wieder angeboten, österreichische dagegen wenig verändert. Bergwerke setzten prozentweise höher ein. Fremde Renten fest. Nach mehrfachen Schwankungen stellte sich später die Tendenz dauernd fest auf den erheblichen Rückgang des Privatdiskonts. Im Kassaverkehr waren Banken beliebt, Leipziger Creditanstalt 2 Proz. höher, deutsche Bahnen matt, österreichische unverändert, Bergwerke belebt, andere Industrien still, österreichische Prioritäten still und fest. Privatdiscont 3¼ Proz. Nachbörse schwächer. — Wetter: Nachts und Vormittags stürmisch, Nachmittags bedeckt, gelinder. Nordwest-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 278,60, Staatsb. 195,50, Lomb. —,—, Galizier —,—, Egypter 94,75, 4proz. Ung. Goldr. 88,60, Discontо 241,80, Dresdn. Bk. 182,80, Laura —,—, Gelsenkirchen —,—. Ruhig.

Wien (Abends.) Credit 323,50, Staatsbahn 227,75, Lombarden 137,75, Nordwest 196,75, Marknoten 57,80, Ung. Credit 35,200. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 87,67, Anleihe 105,85, Italiener 93,72, Staatsbahn 481,25, Lombarden 312,50, do. Prioritäten —, Spanier 72⅝, Egypter 478,12, Ottomanen 533,00, Comptoir 670,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per April 24,40, per Mai-August 24,40, ruhig. Spiritus per April 31,50, per Mai-August 37,75, still. Rüböl per April 89,00, per Mai-August 79,50, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per März 205, per Mai 207, behauptet. Roggen per März 146, per Mai 149, weichend.

London (Produkten-Bericht). Englischer Weizen unverändert, Fremder ½ Pence williger ohne Nachfrage. Mehl ruhiger. Mais williger. Hafer und Gerste fest, ruhig. Feiner russischer Hafer gefragter. — Wetter: Nachtfrost.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** nahm gestern Vormittag im Schloß die Vorträge der Herren Staatsminister und Abtheilungsdirektoren entgegen und ertheilte mehrere Audienzen. Heute begiebt sich Se. Maj. der König mit Sr. Königl. Hoheit Prinz Georg und mehreren Cavalieren zur Jagd nach Birkwitz.

— Ihre Majestät die **Königin** vermag infolge ihres Katarrhs noch immer nicht das Zimmer zu verlassen. Das Allgemeinbefinden Ihrer Majestät, über das nur selten Mittheilungen in die Oeffentlichkeit treten, ist im Uebrigen ein gutes. Dem am Dienstag stattfindenden Hofball wird Ihre Majestät jedoch nicht beiwohnen.

— Wegen erfolgten Ablebens Sr. Durchlaucht des regierenden Fürsten Georg zu Schwarzburg-Rudolstadt wird am hiesigen Königlichen **Hofe** die **Trauer** auf eine Woche, von Sonnabend, den 25., bis mit Freitag, den 31. Januar, in Verbindung mit der bereits angelegten, getragen.

— Durch die Hoftrompeter ꝛc. wurden gestern die Einladungen zu dem **ersten Hofballe** ausgetragen, der bestimmt Dienstag, den 28. ds. M., stattfindet. Die Ballmusik spielt die Kapelle des Leibgrenadierregimentes. Die Festlichkeit beginnt 8½ Uhr. Alle Trauer wird, wie die Einladungskarten besagen, an dem Balltage abgelegt.

— Der österreichisch-ungarische Gesandte am hiesigen Hofe **Graf Chotek** hat sich zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Rudolstadt begeben.

— Se. Durchlaucht Prinz Heinrich XVIII. **Reuß j. L.** ist vorgestern Abend, von Berlin kommend, mit seiner Gemahlin hier eingetroffen und im Hotel Bellevue abgestiegen.

— Aus Anlaß des Geburtstages Sr. Majestät des deutschen **Kaisers** werden während der großen Paradeausgabe auf dem Theaterplatze am 27. d. M. von einer am rechten Elbufer unterhalb des Blockhauses aufgefahrenen Batterie des 12. Artillerie-Regimentes 101 Kanonenschuß abgegeben werden.

— Vorgestern beehrte Ihre Königl. Hoheit die Herzogin zu **Schleswig-Holstein** das Musikwerk- und Instrumenten-Lager von A. Gräbner in Begleitung ihrer Hofdamen mit längerem Besuch und machte verschiedene Einkäufe.

— **Landtag.** Gestern hielten beide Kammern Sitzungen ab. Die zweite Kammer nahm lediglich den Personal- und Besoldungsetat der Landesbrandversicherungsanstalt, über welchen namens der Finanzdeputation II der Abg. Steyer-Reinholdshain Bericht erstattete. Im Bericht ist u. A. festgestellt, daß die Petition der Expedienten und Hilfsarbeiter der Brandversicherungskammer um

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42). Zur Kur: Buttermilch.